

11/18. 1918

Der Kapitalist.

Die wirtschaftliche Selbständigkeit Ungarns.

Scheintrat Leo Lánczy und Magnatenhausmitglied Chorin über unser Verhältnis zu Oesterreich.

In der heute abgehaltenen Sitzung der Budapestester Handels- und Gewerbekammer hielt Präsident Scheintrat Leo Lánczy eine längere Rede über die politische Lage, in welcher er etwa folgendes ausführte:

Es ist unmöglich, sagte Redner, der Besprechung der politischen Lage aus dem Wege zu gehen, weil alle der Lösung harrenden Fragen innig mit unseren wirtschaftlichen Bestrebungen und Interessen verknüpft sind. Obwohl momentan noch ungewiß, ist es dennoch zu erwarten, daß nun der die ganze Menschheit beglückende Friede bald zustande kommen werde. Wir erklären auch heute unsere Solidarität mit den Friedensbestrebungen unserer auswärtigen Leitung und erwarten vom Feinde den gerechten Ausgleich der aneinander geratenen Interessen und für Ungarn in erster Reihe die territoriale Integrität. In allem können wir nachgiebig sein, nur in diesem einen Belange nicht. In dieser Frage wird es keine Meinungsverschiedenheit geben. Alle Bürger, alle Parteien werden diesbezüglich einig sein.

Schon zu Beginn des Jahres habe er unter Zustimmung der Kammer konstatiert, daß die in Oesterreich sich vollziehenden Ereignisse auch die orthodoxsten Getreuen der Zollgemeinsamkeit in ihrer Ueberzeugung und ihrer auch sonst schwierigen Position erschüttert haben. Was sollen wir aber jetzt sagen, da der Zerfall, die zentrifugalen Kräfte und die Furien der Destruktion Oesterreich zerfleischen, da wir sehen, daß die Oesterreich in seine einzelnen Bestandteile zerfallende Erschütterung die Existenzwurzeln der Doppelmonarchie angreifen und die gemeinsame Verteidigung, welche den Grundpfeiler der pragmatischen Sanktion bildet, von den mächtigsten Provinzen Oesterreichs verweigert wird. Es ist nun die Frage, ob wir unter solchen Umständen die Bande noch als in Geltung befindlich erachten können, welche der Ausgleich von 1867 uns auferlegte (Beifall); diese Bande und die Verpflichtung der gemeinsamen Verteidigung beruhen auf Gegenseitigkeit. Ob man wohl in Oesterreich bedacht hat, daß die Auflösung des gemeinsamen Schutzes uns auf der ganzen Linie die Hände freimacht, sowohl auf dem Gebiete der Seeresangelegenheiten wie besonders im Hinblick auf die unabhängige, ganz unseren Interessen entsprechende Einrichtung unserer wirtschaftlichen und außenpolitischen Selbständigkeit. Wir können heute die Rückwirkungen der neuen politischen Umgestaltung noch nicht genau ermessen, erst die nächste Zukunft wird darüber Orientierung bieten, aber wenn wir sehen sollten, daß die Grundlagen des Dualismus unhaltbar geworden, dann ist die Zeit gekommen, daß sich das Land seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und die freie Hand auf der ganzen Linie sichere. (Großer Beifall.) Es ist die höchste Zeit, daß unsere Staatsmänner, der neuen Lage angepaßt, die Nation die neuen Wege der neuen Orientierung führen.

Auch ansonst warten unser große nationale Aufgaben, welche unseren volkswirtschaftlichen Interessen zu dienen berufen sind. Es muß vor allem die Möglichkeit der Mehrarbeit geschaffen werden, alle der Unternehmung im Wege stehenden Hindernisse beseitigt werden, damit nicht neue geschaffen werden, wie es z. B. die Verordnung gegen die Kapitalerhöhungen war. Parallel mit dem Friedensschluß müssen auch alle mit der Abrüstung in Verbindung stehenden Aufgaben in persönlicher, sachlicher und wirtschaftlicher Beziehung erfüllt werden. Die Tausende von Verordnungen, die unzähligen Zentralen, Kommissionen, Kanzleien usw. müssen demobilisiert und der Weg für die Privatthätigkeit und Friedenswirtschaft freigemacht werden. Es wird hiezu der vereinten Arbeit unserer Besten bedürfen. Davon hängt jedoch unser nationaler Bestand, unser wirtschaftliches Wohlergehen ab. (Lebhafte Beifall.)

In der Sitzung des großen Ausschusses des Bundes der ungarischen Fabriksindustriellen hielt Präsident Dr. Franz Chorin über die politische Lage folgende Rede: Wir kommen

in schicksalsschwerer, entscheidender Stunde zusammen, doch haben wir keinen Grund, zu verzagen. Der Friede ist im Anzug und wir sind überzeugt, daß seine Bedingungen Ungarns künftige Entwicklung garantieren werden. Ungarn, das durch mehr als vier Jahre mit einer auch in der Weltgeschichte beispiellosen Selbstaufopferung seine Pflicht gegenüber der Monarchie erfüllt hat, muß heute — wo aus Gründen, die außerhalb ihm selbst liegen, grundlegende Veränderungen vorgegangen sind — in erster Linie sich mit seiner eigenen Zukunft befassen. Aus der Stellungnahme der österreichischen Deutschen, der Tschechen und der Polen, aber auch aus den Bestrebungen der Südslaven kann festgestellt werden, daß die Völker Oesterreichs sich zu Nationalitätenstaaten gestalten, deren gegenseitiges Verhältnis in der Zukunft im gegenwärtigen Augenblick noch nicht als geklärt betrachtet werden kann. Auch Ungarn kann nicht stummer Zuschauer dieser Umgestaltungen sein und kann sich nicht starr an solche Schöpfungen halten, welche zwar in der Vergangenheit die Entwicklung der Monarchie gefördert haben, welche aber durch die Macht der Tatsachen unhaltbar geworden sind.

Die von den Deutschen, Tschechen, Südslaven und Polen geplanten Gestaltungen dürfen uns nicht unvorbereitet treffen. Aus diesem Grunde halten wir es für notwendig, daß bei den für unsere ganze Zukunft entscheidenden Friedensverhandlungen die Interessen Ungarns durch seine verantwortliche Regierung unmittelbar vertreten werden. Es ist unmöglich, daß der Minister des Aeußern unter den heutigen Verhältnissen die Interessen der österreichischen Völker und diejenigen Ungarns gleicherweise vertritt. Im Sinne unseres Friedensvorschlages muß jede wirtschaftliche Unterhandlung, die wir auf Grund besonderer Bevorzugungen mit anderen Staaten eingeleitet haben, eingestellt werden und es ist dementsprechend jede Vereinbarung der Salzburger Verhandlungen als nichtig zu betrachten. Aus der Umgestaltung der österreichischen Verhältnisse folgt notwendigerweise auch die Tatsache, daß jede zwischen den beiden Regierungen bisher zustandgekommene Vereinbarung gegenstandslos ist. Ungarn muß unverzüglich an die Vorbereitung seiner politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gehen. Diese Maßnahme richtet sich nicht gegen die Völker oder gegen die Selbstständigkeitsbestrebungen der Völker, mit denen Ungarn bisher in der Monarchie vereinigt war. Das selbständige Ungarn wird, auf dem Wege der demokratischen Entwicklung fortschreitend, den Weg finden, auf dem es unter Wahrung der staatlichen Einheit die Nationalitätenfrage auf Grundlage des weitestgehenden Entgegenkommens regelt, und wird Europa davon überzeugen, daß die ungeschmälerte Aufrechterhaltung des ungarischen Staates eine Garantie der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung und ein großes Interesse der europäischen Zivilisation ist. — Der Bund der ungarischen Fabriksindustriellen erhob die Emunziation des Präsidenten zum Beschlusstrag.